



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN

KEIN FLUGHAFENAUSBAU - FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT



Über 80 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet

27. Mai 2014

Pressemitteilung

Sicherheit verzweifelt gesucht

Neuer Planergänzungsbeschluss erweitert das Sicherungsgebiet gegen Wirbelschleppenschäden

Das Hessische Wirtschaftsministerium hat heute endlich den fehlerhaften Planergänzungsbeschluss vom 10.05.2013 korrigiert: Das Sicherungsgebiet umfasst nun weite Teile von Flörsheim und Raunheim. Ferner wurde der willkürliche Stichtag 23.03.2007, der die Ansprüche bisher unzulässig einschränkte, aufgehoben.

„Wir begrüßen die Erkenntnis - auch wenn sie reichlich spät kommt -, dass der Planergänzungsbeschluss aus dem vergangenen Jahr vollkommen unzureichend und erkennbar von den Interessen Fraports geleitet war. Keiner darf sich aber der Illusion hingeben, dass nunmehr nichts mehr passieren kann.“ erklärt Thomas Scheffler, Sprecher des BBI Bündnis der Bürgerinitiativen.

„Wir sind gespannt, wie die Aktionäre in der kommenden Hauptversammlung der Fraport AG auf diese enorme finanzielle Bürde reagieren werden. Hoffentlich verhelfen sie Vorstand und Aufsichtsrat nachdrücklich zu der Erkenntnis, dass der Betrieb und weitere Ausbau des raumunverträglichen Flughafens Frankfurt so nicht fortgesetzt werden darf.“ meint Thomas Scheffler weiter.

Das „Bündnis der Bürgerinitiativen - Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“, kurz: BBI, ist ein Zusammenschluss von mehr als 80 Initiativen. Das Bündnis streitet für die Wiedergewinnung und den Erhalt der Lebensqualität der Menschen im Rhein-Main-Gebiet. Es setzt sich für die Schaffung einer lebenswerten Region ein und fordert den Schutz der Menschen vor den schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs und erklärt sich solidarisch mit allen von Verkehrslärm betroffenen Menschen. Das Bündnis fordert einen verantwortungsvollen Umgang mit der Mobilität. Die gemeinsamen Ziele sind:

- Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen in der Region. Kein Terminal 3.
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger.
- Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen.
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr und Reduzierung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet.
- Stilllegung der Landebahn Nordwest.

Kontakt:

Thomas Scheffler, Bündnissprecher

eMail: scheffler@flughafen-bi.de

Telefon: 06145 502150